

Diözese knallhart: Katholische Kinder – oder Gruppe „dicht“

Die Pfarrgemeinde Neuenkirchen darf bei Neuanmeldungen zum Kindergarten Kinder anderer Konfessionen nicht mehr berücksichtigen

Rietberg-Neuenkirchen (er). Einen relativ hohen Ausländeranteil hatte bisher der Kindergarten der katholischen Kirchengemeinde Neuenkirchen: 18 Kinder „anderer Konfession“, also Türken mohammedanischen und aramäisch-christlichen Glaubens sowie Kinder aus dem evangelischen Bekenntnis besuchten im letzten Jahr die Tagesstätte. Im Kindergartenjahr 1982/83 wird das anders werden: Eine ausdrückliche Anweisung des Generalvikariates in Paderborn an Pfarrer Heinrich Hölcher hat zur Folge, daß die Zahl der Türkenkinder auf nur noch drei sinken wird. Die vorgesetzte Kirchenbehörde hat dem örtlichen Träger zur Auflage gemacht, die bisher drei Gruppen mit jeweils 25 Kindern umfassende Einrichtung auf zwei Gruppen zu verkleinern, weil nicht genügend Kinder der eigenen Konfession darin untergebracht seien. Die Diözese reagiert

damit nicht nur auf schwindende Einnahmen aus der Kirchensteuer und einen neuen Entwurf zur Änderung des Kindergartengesetzes, sondern auch auf die Erklärung der Stadt Rietberg, ihren bisherigen Zuschuß zu den Betriebskosten des Kindergartens in Garage zu stellen.

Die knallharte Entscheidung der erzbischöflichen Behörde hat bei Kommunalpolitikern, den betroffenen Eltern und der deutsch-türkischen Kontaktgruppe Rietberg tiefste Bestürzung ausgelöst. Zwar hat die örtliche Kirchengemeinde in eigener Verantwortung die Anweisung „von oben“ abgemildert – sie läßt aufgrund der vielen fehlenden Plätze die dritte Gruppe bestehen, füllt sie aber mit „gemeindeeigenen“ Kindern auf – den türkischen Eltern ist aber damit keineswegs geholfen. Ihnen bleibt nur, ihre Kinder nun in den ebenfalls katholischen Kindergarten nach Westerwiehe zu schicken. Aber auch von dort kamen inzwischen Absagen.

Nach Auskunft des Generalvikariates in Paderborn können die Mehrbelastungen, die eine Neufassung des Kindergartengesetzes mit sich bringen würde, nicht mehr aufgefangen werden. Daher habe man sich Gedanken über Einsparmöglichkeiten gemacht – allerdings nur vorsorglich, derartige Maßnahmen würden erst mit dem neuen Gesetz in Kraft treten. In diesem Vorsorgekatalog, für den der Diözesan-Caritasverband verantwortlich zeichnet, heiße es unter anderem: In Kindergärten, in denen der Prozentsatz katholischer Kinder unter 50 Prozent liegt, ist eine Gruppe zu schließen, wenn die Kommune nicht bereit ist, sich am Trägerdrittel (der Betriebskosten) mit mindestens 50 Prozent zu beteiligen.

Aber auch bei einer überwiegenden Belegung der vorhandenen Kindergärtenplätze durch katholische Kinder schließt der Verband eine Gruppenreduzierung nicht aus –

wenn dieses Platzangebot „im Widerspruch steht zu dem Verhältnis von Katholiken und Nichtkatholiken“ und wenn die Kommune zu den bereits erwähnten 50-Prozent-Zuschüssen nicht bereit ist. Im Einzelfall, so gibt man in Paderborn den „Schwarzen Peter“ weiter, sei allerdings vom örtlichen Träger der Einrichtung unter Berücksichtigung der individuellen Situation in der Gemeinde zu beschließen.

Pfarrer Heinrich Hölcher als zuständiger Seelsorger in Neuenkirchen hat allerdings weder von diesem „Spielraum“ etwas gespürt noch die rigorosen Sparmaßnahmen des Generalvikariates als „vorsorgliche Maßnahmen“ empfunden. Nach seiner Auskunft hat er unmißverständlich die Anweisung bekommen, den Kindergarten auf zwei Gruppen zu verkleinern, da zu viele „auswärtige“ Kinder dort untergebracht seien, und zum Kindergartenjahr 1982/83 eine Helferin einzusparen bzw. nur

noch halbtags zu beschäftigen. Hölcher bezeichnete die ganze Sache als eine „typische Behördenangelegenheit“, bei der die örtliche Kirchengemeinde zwischen zwei Mühlsteinen gerate.

Der Geistliche bringe allerdings ein gewisses Verständnis auf für die finanziellen Probleme der Diözese: Im Erzbistum ist das Kirchensteueraufkommen nach jüngsten Zahlen um 13 Prozent zurückgegangen. Und allzu gern, so mutmaßt Hölcher, wälzen Kommunen, Kreis und Land die Verantwortung für derartige soziale Aufgaben auf die Kirche ab, die letztlich doch nicht für mohammedanische Türkenkinder verantwortlich sei. Seit zehn Jahren, so der Pfarrer, fahren Kinder aus der eigenen Kirchengemeinde, und zwar aus Druffel, nach Westerwiehe zum Kindergarten. Dorthin könnten doch auch die ausländischen Kinder fahren, schließlich übernehme die Stadt dort ja auch den vollen Trägeranteil.



Der katholische Kindergarten in Neuenkirchen, der noch im letzten Jahr von 18 Kindern anderer Konfessionen besucht wurde, soll nach dem Willen des Generalvikariates in Paderborn auf zwei Gruppen reduziert werden, weil dort zu wenig Kinder des eigenen Glaubens untergebracht sind. Bild: Rothmann

Kontaktgruppe: „Blanker Hohn“

Als ungerecht empfindet Pfarrer Hölcher die Zuschußpolitik der Stadt, die die Kindergärten im Stadtgebiet in der Tat nach sehr unterschiedlichen Mustern finanziell unterstützt. Das reicht von 9,5 Prozent Zuschuß zum Trägerdrittel bis zur vollen Übernahme (Sonderverträge mit Westerwiehe und Mastholte-Süd). Neuenkirchen erhielt bisher eben jene 9,5 Prozent, was 1981 genau 6013,60 DM ausmachte. Die anerkannten Betriebskosten beliefen sich insgesamt auf knapp 190 000 DM, zwei Drittel davon teilen sich nach dem Kindergartengesetz allerdings Kreis, Land und Eltern.

Trotz dieser enormen staatlichen Zuschüsse hat der Träger allerdings die Freiheit, sich die Besucher seines Kindergartens auszusuchen – sofern er sich an die Altersgruppe zwischen drei und sechs Jahre hält. Im Kindergartenrat, so heißt es in einer Kommentierung zum Kindergartengesetz, könne durchaus Kriterien wie beispielsweise die Weltanschauung Berücksichtigung finden.

Als blanken Hohn empfindet das

Verhalten des Generalvikariates vor allem die deutsch-türkische Kontaktgruppe in der Stadt Rietberg: Seit zwei Jahren, so Mitarbeiterin Heidi Schrön, habe sich die Kontaktgruppe bemüht, türkische Eltern von der Notwendigkeit einer vorschulischen Erziehung gerade ihrer Kinder zu überzeugen – mit gutem Erfolg. Diese Bemühungen würden nun mit einem Schlag zunichte gemacht. Nach ihren Informationen haben sechs türkische Eltern in Neuenkirchen eine schriftliche Absage erhalten mit der Aufforderung, ihre Kinder in Westerwiehe anzumelden. Etliche weitere Eltern hätten daraufhin auf Anmeldeversuche in Neuenkirchen ganz verzichtet.

Die Stadtverwaltung bemüht sich zur Zeit, durch eine Rundfrage bei sämtlichen Rietberger Kindergärten einen Überblick über die Zahl der angemeldeten und abgewiesenen ausländischen Kinder zu bekommen. Der Sozial- und Kindergarten-ausschuß wird sich dann mit der Sache befassen – die nächste Sitzung ist regulär vorgesehen für Ende Mai oder Anfang Juni.